

11309/AB

vom 31.03.2017 zu 11700/J (XXV.GP)



SEBASTIAN KURZ
BUNDESMINISTER

Frau
Präsidentin des Nationalrates
Doris BURES
Parlament
1017 Wien

31. März 2017

GZ.BMEIA-AT.90.13.03/0005-IV.2/2017

Die Abgeordneten zum Nationalrat Herbert Kickl, Kolleginnen und Kollegen haben am 1. Februar 2017 unter der Zl. 11700/J-NR/2017 an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Bootsflüchtlinge nach dem Vorbild Australiens rigoros im Mittelmeer abfangen“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1, 5 bis 9 sowie 13 und 14:

Ich habe dieses Thema im Rahmen der Europäischen Union (EU) im Rat „Auswärtige Angelegenheiten“ (RAB) am 12. Dezember 2016, am Rande des RAB am 6. Februar 2017 sowie auch in bilateralen Gesprächen angesprochen. In der Erklärung des informellen Europäischen Rates am 3. Februar 2017 wurden mehrere Punkte dieses Vorschlags sinngemäß übernommen. So wird darin etwa betont, dass den europäischen Bemühungen, gemeinsam mit dem Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (UNHCR) und der Internationalen Organisation für Migration (IOM) angemessene Aufnahmekapazitäten und -bedingungen für Migrantinnen und Migranten in Libyen, dem in diesem Zusammenhang bei weitem bedeutendsten nordafrikanischen Transitland, zu gewährleisten, Vorrang eingeräumt wird. Darüber hinaus habe ich den Vorschlag, Teile des australischen Modells zum Vorbild zu nehmen, in Interviews mit internationalen Medien wie z.B. in „Die Welt“ (5. Juni 2016) oder in „Der Spiegel“ (10. Dezember 2016) thematisiert.

Zu den Fragen 2 bis 4:

Politische Lösungsansätze und Maßnahmen, wie die EU im Allgemeinen und Österreich im Besonderen den anhaltenden Migrations- und Flüchtlingsbewegungen nach Europa wirkungsvoll begegnen können und sollen, werden innerhalb der Bundesregierung regelmäßig thematisiert und diskutiert.

./2

- 2 -

Zu den Fragen 10 bis 12 :

Als Bundesminister für Europa, Integration und Äußeres vertrete ich Österreich in den Ratsformationen „Auswärtige Angelegenheiten“ (RAB) und „Allgemeine Angelegenheiten“ (RAA). Der RAA befasst sich nicht mit dem in der Anfrage angesprochenen Dossier, weshalb für mich nur der RAB als hierfür zuständiges Gremium in Frage kommt.

Zu den Fragen 15 bis 17:

Ja. Die wichtigste Regel bei der Bewältigung der Migrations- und Flüchtlingskrise muss sein, dass diejenigen, die sich illegal auf den Weg nach Europa machen, an den Außengrenzen der EU gestoppt, versorgt und wieder in ihre Herkunftsländer zurückgebracht oder – falls dies nicht möglich sein sollte – in Asylzentren, die gemeinsam mit dem UNHCR in sicheren Drittstaaten betrieben werden sollten, überstellt werden. Mit diesem Ansatz entziehen wir kriminellen Schlepperorganisationen ihre Geschäftsgrundlage und verhindern langfristig ein Sterben im Mittelmeer. Die Erklärung der Staats- und Regierungschefs von Malta trägt diesen Überlegungen Rechnung und dient als Handlungsvorgabe für das weitere europäische Vorgehen.

Sebastian Kurz

